bnr.de
blick nach rechts

25. Juni 2009 | 26. Jahrgang | Ausgabe 13/2009

INHALT

RECHTE SZENE 2

Deutschland-Pakt „vergeigt“ 2

NPD-Chef Udo Voigt geht nach dem Debakel der DVU bei der Europawahl auf Distanz zum bisherigen Bündnispartner.

„Kompromissloser Patriot“ 3

Rechtsextremisten bekunden Solidarität mit dem umstrittenen iranischen Präsidenten Ahmadinedschad.

Met und Feuer 4

Neonazis zelebrieren rituelle Sonnenwendfeier in Eschede – anwesend waren auch zahlreiche Jugendliche aus der Region.

Anatomie einer Partei 5

Broschüre von ver.di zeichnet ein umfangreiches Bild der Hamburger NPD.

Ziele glatt verfehlt 6

Die rechtsextreme NPD konnte ihren eigenen Ansprüchen bei der Kommunalwahl in Sachsen-Anhalt nicht gerecht werden.

VERFASSUNGSCHUTZ 7

Aktionistische Szene 7

NPD und Neonazis locken Jugendliche mit niedrigschwelligen Angeboten – die im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern vertretene NPD zeigt eine deutliche Nähe zum historischen Nationalsozialismus.

AUSLAND 8

Zersplitterung 8

Bei der Europawahl haben sich in Frankreich der Front National und seine diversen konkurrierenden Abspaltungen gegenseitig die Stimmen weggenommen.

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE 9

Ort des Grauens 9

Vor 65 Jahren, im Juli 1944, hat die Rote Armee das Konzentrations- und Vernichtungslager Majdanek befreit.

SEITENBLICK 10

Vertrauen erschüttert 10

Eine neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung befasst sich mit Demokratieverdrosssenheit in Teilen der deutschen Gesellschaft.

MELDUNGEN 11

Deutschland-Pakt „vergeigt“

NPD-Chef Udo Voigt geht nach dem Debakel der DVU bei der Europawahl auf Distanz zum bisherigen Bündnispartner.

Der Deutschland-Pakt zwischen NPD und DVU ist endgültig zum Auslaufmodell geworden. Offen scheint nur noch, ob er bereits in wenigen Tagen auch formell aufgekündigt wird oder noch bis zur Bundestagswahl und der Landtagswahl in Brandenburg am 27. September tragen wird.

DVU-Chef Matthias Faust scheint ein eher schnelles Ende zu befürchten. Am Abend des 22. Juni schlug er Alarm. Ihm war zugetragen worden, dass für den folgenden Tag ein Treffen des brandenburgischen NPD-Landesvorstands geplant sei, der eine Konkurrenzkandidatur gegen die DVU bei der Landtagswahl am 27. September beschließen wolle. Dieser Affront solle schließlich vom NPD-Bundesvorstand bei seiner Sitzung Ende Juni abgesegnet werden.

Faust ist in der Defensive. Bei der Europawahl wurde seine Partei sogar von Freien Wählern, Republikanern, Tierschutzpartei, Familien-Partei, Piratenpartei, Rentner-Partei und ÖDP abgehängt und verfehlte mit 0,4 Prozent selbst das Minimalziel, die Teilhabe an der Parteienfinanzierung. In Brandenburg, wo die DVU seit 1999 im Landtag vertreten ist, blieb sie bei der Europawahl mit 1,7 Prozent weit von dem Ergebnis entfernt, das für einen Wiedereinzug ins Parlament erforderlich wäre. Der mit dem Abgang von Parteigründer Gerhard Frey und der Wahl Fausts gestartete Versuch einer Erneuerung der DVU ist kaum vorangekommen. Und wo sich an der Basis tatsächlich etwas bewegt hat, wie etwa in Frankfurt am Main, stoßen die Bemühungen auf Widerspruch der NPD. Nicht viel besser ergeht es Faust mit seinen beiden „prominenten“ Neuzugängen Andreas Molau und Patrik Brinkmann. Ihr Auftreten ist eine permanente Provokation für die NPD, der sie mal offen, mal subtil ihre Gestrigkeit vorhalten, während die DVU sich großspurig als „Die Neue Rechte“ geriert. Molau beispielsweise scheine einen „Privatkrieg gegen jene zu führen, die ihn angeblich in der NPD fallen gelassen haben“, klagt deren Parteichef Udo Voigt.

Handlungsoptionen hat Faust kaum noch, anders als die NPD auch kein Drohpotenzial. Und so bleibt ihm nur der fast schon verzweifelte Hinweis, wie weit er der NPD bereits entgegengekommen ist – so beim Verzicht der DVU auf die Landtagskandidatur in Thüringen – und ein etwas hilflos erscheinender Appell an den NPD-Chef, in Brandenburg einzugreifen: Es sei wichtig, „dass Udo Voigt die entstandenen Irritationen ausräumt, um den dritten Einzug einer nationalen Fraktion hintereinander nicht zu gefährden“. Mehrfach habe Voigt schließlich versichert, seine Partei werde selbstverständlich an den im „Deutschland-Pakt“ getroffenen Vereinbarungen festhalten.

Doch Voigt war bereits vor Wochen auf Distanz zur DVU gegangen. Von deren Europawahlkampf habe er „nur wenig, bis gar nichts bemerken“ können, bemängelte er. Zusagen Freys und Fausts, „dass die DVU zur Europawahl mit ganzer Wucht in altbekannter Stärke antrete und kein Wähler an ihr vorbeikommen könnte“, seien nicht eingehalten worden. Ähnliche Versicherungen habe er auch 2007 zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt erhalten, ohne dass dort Taten gefolgt seien. Voigt: „Beide Wahltermine, für die wir gute und aussichtsreiche Wahlantritte der NPD dem Partner DVU zur Verfügung stellten, wurden im wahrsten Sinn des Wortes ‚vergeigt‘.“ Die NPD-Spitze müsse sich nun „in der nächsten Zeit sehr intensiv darüber mit unserem Bündnispartner unterhalten, ob und wie der Geist des Deutschland-Paktes zum Wohle unseres Volkes fortgesetzt werden kann“. Nicht der Deutschland-Pakt an sich also, sondern nur dessen „Geist“ scheint Voigt bewahrenswert. Und selbst dieses Bekenntnis relativiert sich, wenn der NPD-Vorsitzende meint, die Wähler würden verunsichert, wenn mit unterschiedlicher Präsenz mal die eine Partei, dann wieder die andere zur Wahl antrete. „Alle Patrioten“, so Voigt, seien „in der schicksalsträchtigen Phase des Überlebenskampfes unseres Volkes gefordert, an einem Strang zu ziehen. Das wird künftig mit zwei, drei, vier oder noch mehr Parteien nicht wirklich erfolgreich umgesetzt werden können“. Dass Faust um Geduld wirbt, der Versuch der DVU, Organisation und Struktur der Partei komplett zu verändern und zu erneuern, sei „ein Prozess, der sich nicht innerhalb einiger Wochen oder Monate umsetzen lässt“, scheint ihn wenig zu interessieren. Voigt setzt auf Einheit – zu seinen Bedingungen.

Tomas Sager

„Kompromissloser Patriot"

Rechtsextremisten bekunden Solidarität mit dem umstrittenen iranischen Präsidenten Ahmadinedschad.

65 Prozent der Stimmen will der amtierende iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad bei der Präsidentenwahl am 12. Juni erhalten haben. Tatsächlich gibt es an dessen Wahlerfolg erhebliche Zweifel. Nach der Wahl überziehen Massenproteste das Land. Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Wahlergebnisses hegt auch die internationale Staatengemeinschaft. Rechtsextremisten und Neonazis bekunden dagegen ihre Solidarität mit dem antisemitischen und antizionistischen Machthaber in Teheran. Der hatte in der Vergangenheit auch untergetauchte Holocaust-Leugner wie den Schweizer Jürgen Graf in Teheran aufgenommen. Postalisch firmierte der Justizflüchtling Graf unter „P.O. Box 19395/7161, Teheran.

„Herzlichen Glückwunsch zur Wiederwahl, Herr Präsident!", frohlockte die DVU unter Führung von Matthias Faust nach der angeblichen Wiederwahl des islamistischen Despoten. Das iranische Volk, so die DVU, habe „sich für den bescheidenen und selbstlos agierenden Mann aus dem Volk entschieden." Ahmadinedschad wird von der DVU als „kompromissloser Patriot" aus „dem Volk" gefeiert, gegen den sich „die selbst ernannte Geldelite, die pfiffigen Kaufleute und westlich orientierten und vermögenden Angehörigen der Teheraner Oberschicht" verschworen hätten.

Erfreut über das regierungsoffizielle Wahlergebnis zeigte sich auch der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt: „Was für ein Wunder, dort wurde anders gewählt, als es der westlichen Welt und ihrer jüdischen Lobby recht ist." „Offensichtlich", so Voigt, „ist die dortige Demokratie gefestigter und weniger erpressbar als die westlichen Länder." Die Massendemonstrationen gegen das Teheraner Regime sieht Voigt durch Hetze aus dem Ausland verursacht. Demnach habe das Ausland „ein nachweisliches Interesse an chaotischen Verhältnissen".

Zur Stellungnahme in Sachen Ahmadinedschad fühlte sich auch der nordrhein-westfälische NPD-Landesvorsitzende Claus Cremer berufen. Cremer bescheinigte Ahmadinedschad, „zu den letzten starken Führern dieser Erde" zu gehören, „welche offen und konsequent gegen die Ziele und Handlungen der USA, Israel und der ‚westlichen Wertegemeinschaft' im Allgemeinen aufstehen und sich nicht der politischen Korrektheit beugen." Den in Deutschland lebenden Iranern rief Cremer zu: „Wenn Ihr jedoch mit den Abläufen in Teheran nicht einverstanden seid, solltet Ihr die Gelegenheit nutzen und als Iraner im Iran protestieren, anstatt Eure Probleme in unsere Städte zu tragen. Geht doch zurück in die Heimat".

Der Stützpunkt Osnabrück der Jungen Nationaldemokraten (JN) glorifizierte in einer Erklärung auf seiner Homepage Ahmadinedschad als „wahren Führer des Volkes", als „echten Volkspräsidenten". Gelobt wird dessen „Einsatz zur Wahrung der traditionellen Werte seines Volkes": „So ließ er amerikanisch geprägte Fast-Food-Restaurants schließen und gebot der Verbreitung von dekadenten Produkten der US-amerikanischen Musikindustrie als Trägern von volkszersetzenden Inhalten Einhalt." Sichtlich angetan zeigte sich der NPD-Nachwuchs darüber, dass Ahmadinedschad „auch nicht die Konfrontation mit der kapitalistischen Weltmacht USA und ihrem zionistischen Pedanten Israel" scheute: „Sein unerschrockenes Eintreten für die von Israel entrechteten und unterdrückten Palästinenser und für die Forschungsfreiheit in der Zeitgeschichte brachte ihm den Hass der zionistisch eingestellten Machthaber Israels und der USA ein." Als Beispiel dieser „Forschungsfreiheit" wird in dem Text ausdrücklich die Holocaust leugnende Konferenz genannt, die im Dezember 2006 von der Teheraner Führung zelebriert wurde. Domaininhaber der Homepage der Osnabrücker JNler ist Christian Fischer, früherer Anhänger der verbotenen Heimattreuen Jugend Deutschland, aus Vechta.

Die neonazistische „Aktionsgruppe Rhein-Neckar" wünschte dem iranischen Volk „weiterhin ein Leben unabhängig von den Einflüssen und Kriegsdrohungen der verkommenen ‘westlichen Wertegemeinschaft'." Solidarität mit dem iranischen Präsidenten bekundete auch die Partei National Orientierter Schweizer (PNOS). „Es bleibt zu hoffen", so deren Statement, „dass er sich erfolgreich gegen die ausländischen Angriffe zur Wehr setzt und weiterhin Zionismus und Holocaust-Religion anprangert."

Anton Maegerle

Met und Feuer

Neonazis zelebrieren rituelle Sonnenwendfeier in Eschede – anwesend waren auch zahlreiche Jugendliche aus der Region.

Der Nathz-Hof in Eschede ist zum kulturellen Treffpunkt für Neonazis in Norddeutschland geworden. Am Rande des heruntergewirtschafteten Geländes finden seit Jahren ungestört Brauchtumsfeiern und Zeltlager statt. Am Samstag, den 20. Juni richteten die Freien Kräfte unter Führung der „Kameradschaft Celle 73", der „Snevern Jungs", sowie der „Düütschen Deerns" eine Sonnenwendfeier mit rund 270 Anhängern aus.

Die Besucher reisten unter anderem aus Bad Segeberg, Dortmund, Neumünster, von der Prignitz, aus Hildesheim, Ostvorpommern, Braunschweig, Hamburg, Winsen, dem Weserbergland, der Altmark, Ostfriesland, Osnabrück, Hameln, Gifhorn, Peine, Verden und Höxter an. Unter ihnen waren auffällig viele junge Leute aus der Region Celle. Insbesondere in Hermannsburg und anderen Orten scheint den Neonazis der Anschluss an die Jugendszene gelungen zu sein. Regelmäßig findet sich aber auch ein Kreis älterer Herrschaften beim Kameraden Joachim Nathz ein.

Das große Holzeingangstor auf der Wiese war bereits von ehemaligen Anhängern der verbotenen Organisationen „Wiking-Jugend" und „Heimattreue Deutsche Jugend" für heidnisch-germanische Kultfeiern geschmückt und verziert worden. In diesem Jahr thronte eine große Lebensrune auf dem Tor, darunter hing eine geschmückte „schwarze Sonne". Der Holzscheit war über zwei Meter hoch aufgetürmt worden. Auf dem gesamten Gelände wehten schwarz-weiß-rote Fahnen. Die jungen Frauen aus der Lüneburger Heide, die sich plattdeutsch „Düütsche Deerns" nennen, trugen in HDJ-Manier bodenlange blaue Röcke, sie versorgten die Gäste mit Kaffee und Kuchen.

Etwas ungeübt versuchen die Kameradschaften, heidnische Rituale und Bräuche aufzugreifen und in den eigenen Reihen zu etablieren. So gab es ein „sportliches Kräftemessen" im alten Gewande mit Sack- und Baumstammweitwurf. Stefan Silar, der zur Zeit neonazistische Strukturen im Raum Tostedt aufbaut und dort den „Streetwear Tostedt"-Laden betreibt, gehörte nach Angaben der Veranstalter zu den Sponsoren vieler „toller Preise" für den Wettstreit.

Den Freien Kräften um Dennis Bührig aus Celle und Matthias Behrens aus Schneverdingen gelingt es über interne Streitigkeiten hinweg immer wieder, die NS-Szene zu sammeln. So waren neben polnischen Neonazis, Glatzköpfen und Autonomen Nationalisten aus Nordrhein-Westfalen auch völkisch-geprägte Junge Nationaldemokraten aus dem Raum Osnabrück mit ihrem ausgemusterten Feuerwehrfahrzeug angereist. Rieger-Adlatus Thomas Wulff, heillos zerstritten mit der mecklenburgischen NPD-Riege um Udo Pastörs und Michael Grewe, konnte hier in Eschede autoritär für die „gewünschte Marschordnung" beim Einzug auf den Feuerplatz sorgen, wie im Internet berichtet wird. Den Aufmarsch führten zwei Trommler an. Viele trugen Fackeln in ihren Händen. Dann stellte sich die Gruppe um das Feuer auf. Es gab eine Feuerrede und Gesänge.

Viele Jugendliche können mit den Ritualen wenig anfangen. Die „Notwendigkeit" zum Erhalt „alten Brauchtums" wird verstärkt in die Reihen Freier Kräfte getragen. Völkischer Einfluss und heidnische Rituale waren lange Zeit nur halbherzig innerhalb der breiten norddeutschen Szene vorhanden, verdrängt vor allem durch rechte Skinhead-Konzerte. Auch bei Aufmärschen wird seit jüngster Zeit gesungen. In Eschede stimmten die Neonazis nach eigenen Angaben die NS-Lieder „Flamme empor" und „Ein junges Volk steht auf" an. Nach dem Entzünden des Feuerstoßes und kurzen Reden gab es Bier und Met.

Die „Bräuche der Ahnen" pflegen

Die routinierte langjährige Aktivistin Edda Schmidt aus Baden-Württemberg hatte zuvor einen praktischen Ratgeber zur Sonnenwende unter die Anhänger gebracht. Schmidt, die sich als Anhängerin des „Ring Nationaler Frauen" ihrer Führungsrolle in der verbotenen „Wiking-Jugend" rühmt, beschreibt die Feier als „Hauptfest im Jahreslauf". Sie beschwört, „das Feuer soll unseren Willen stählen, die Wehrhaftigkeit des Herzens gegen Bequemlichkeiten („Spaßgesellschaft") und Leidenschaften". Rituale mit Licht und Feuer sollen die NS-Gesinnungsgemeinschaft „für den Kampf" zusammenschmieden. So werden auch in Eschede noch holprig „Bräuche der Ahnen" gepflegt.

Nur etwa 70 Gegendemonstranten fanden den Weg zur Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf dem Marktplatz in Eschede. Auch an der vom Samtgemeinde-Bürgermeister ausgerufenen Veranstaltung am Abend unter dem Motto „Johannisfeuer" nahmen nicht mehr empörte Bürger teil. Zuviele in Eschede kennen Joachim Nathz als alteingesessenen NPD-Anhänger. Protest und Widerstand gegen den braunen Hort am Finkenberg werden nur langsam von außen in den kleinen Ort getragen.

So hatte die Gemeinde im Vorfeld faktisch noch für eine bequemere Anreise der Neonazis gesorgt. Aus Gründen der „Instandhaltungspflicht" beteiligte sich die Kommune an einem Teil der Kosten für das Ausbessern der tiefen Schlaglöcher. Der öffentliche Weg, der zu Nahtz führt, war von Rechten mit einem Mineralgemisch aufgeschüttet worden. Nach Recherchen der „taz-Nord" trug die Gemeinde Eschede pflichtschuldig die Kosten für etwa 15 Kubikmeter Material. Öffentlicher wurde das Treiben auf dem Anwesen aber dadurch nicht. Pressevertreter durften nur wenige Minuten unter Polizeischutz von der Straße aus die Sonnenwende dokumentieren. „Wir riskieren hier nicht unsere Gesundheit für Sie", hatte ein Polizeivertreter zuvor klargestellt.

Doch der Einsatzleitung war klar, dass sie es mit einer militanten Gästeschar zutun hatten. Die anreisenden Teilnehmer wurden akribisch an einer „polizeilichen Kontrollstelle" überprüft. Personalien wurden festgestellt, mitgeführte Sachen und Fahrzeuge durchsucht. Hintergrund für diese „Maßnahme" war laut Pressemitteilung der Polizei der „gewalttätige Übergriff auf einen Journalisten" im vergangenen Jahr. Zudem hätten sich Neonazis in „jüngster Vergangenheit mehrfach maskiert, organisiert und in Gruppen politische Gegner sowie Polizeibeamte angegriffen". Bei Teilnehmern aus Winsen an der Aller, die auf dem Hof in Eschede verkehrten, waren nach Polizeiangaben wenige Wochen vorher scharfe Waffen, Munition und Propagandamaterial gefunden worden, „man hatte Wehrsportübungen durchgeführt".

Auch bei dem Brauchtumsfest wurden die Beamten fündig: sie stellten mehrere Pfeffersprays, zwei Teleskopschlagstöcke und 78 CDs mit strafbarem Inhalt sicher.

Andrea Röpke

Anatomie einer Partei

Broschüre von ver.di zeichnet ein umfangreiches Bild der Hamburger NPD.

Aufklärung über „die Anatomie der Hamburger NPD und ihres Umfeldes" verspricht eine von der Gewerkschaft ver.di und der linken Organisation Avanti herausgegebene Broschüre. „Der Hamburger Landesverband der Partei ist ... einer der radikalsten und aktivsten in der Bundesrepublik", betonte der Verfasser der Studie, der Rechtsextremismus-Experte Felix Krebs, anlässlich der Vorstellung im Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof. 2008 seien in der Hansestadt 308 Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund gezählt worden, Gewalttaten hätten sogar um mehr als 100 Prozent zugenommen, sagte Krebs. Wenn die NPD auch nicht direkt dafür verantwortlich zu machen sei, bereite sie mit ihrer menschenverachtenden Ideologie den Nährboden. Als Beleg für diese These nannte Krebs „die enge Zusammenarbeit der Partei mit Freien Kameradschaften", militanten Organisationen am rechtsextremen Rand.

Die Broschüre zeichnet ein deutlich umfassenderes Bild der NPD als der Hamburger Verfassungsschutz in seiner jährlichen Berichterstattung. Neben ausführlichen Porträts der bundesweit bekannten Führungsfigur Jürgen Rieger widmet sich die Studie auch den „Volksverhetzer(n) und Schläger(n) im Vorstand": Karl-Heinrich Göbel, Jan Zimmermann, Jan-Steffen Holthusen, Torben Klebe, Lars Niemann, Ute Nehls und Andrea Schwarz.

Weitere Kapitel in der 110-seitigen Publikation sind den Jungen Nationaldemokraten, den Geschlechterbildern und dem Umfeld der NPD gewidmet. Dem rechnet der Autor neben dem 1962 gegründeten Norddeutschen Kulturkreis („einer von vielen Tarnvereinen um den Hamburger NPD-Vorsitzenden Jürgen Rieder") die „braunen Pennäler" der Schülerburschenschaft Chattia und die Germania zu: „Vor allem diese Burschenschaft hat sich weiter radikalisiert.", so Krebs, „dort tauchen Referenten wie Bernd Rabehl auf, der vorher vor der sächsischen NPD-Fraktion gesprochen hat."

„Die Reihen fest geschlossen …": ver.di, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg, Tel. 2858-0.

Volker Stahl

Ziele glatt verfehlt

Die rechtsextreme NPD konnte ihren eigenen Ansprüchen bei der Kommunalwahl in Sachsen-Anhalt nicht gerecht werden.

Noch vor der Kommunalwahl, die in Sachsen-Anhalt mit der Europawahl am 7. Juni zusammen fiel, hatte der NPD-Landesverband unter seinem Vorsitzenden Matthias Heyder großspurig angekündigt, flächendeckend zu der Kommunalwahl anzutreten.

Aber ebenso noch vor der Wahl hatte die NPD diesen großspurig gestellten eigenen Anspruch bereits nivelliert. Da war auf der Internetseite der rechtsextremen Partei nur noch von den „wichtigsten Städten" die Rede. Tatsächlich gelang es der NPD nicht einmal, eigene Kandidaten für die Kreistagswahlen in den Altmarkkreisen Stendal und Salzwedel aufzubieten. Aber auch mit dem Anspruch, in die Kommunalparlamente der „wichtigsten Städte" einzuziehen, war es nicht weit her. Denn in Salzwedel und Stendal, immerhin bedeutsame Kreisstädte im Norden Sachsen-Anhalts, schickte die NPD ebenfalls keine eigenen Kandidaten in das Rennen um die Mandate.

Letztendlich trat die NPD landesweit mit 78 Kandidaten in 19 Gebietskörperschaften tatsächlich zur Kommunalwahl an. Und im Wahlkampf setzte sie ihren absoluten Schwerpunkt auf die Großstädte Magdeburg und Halle. Doch hier wie dort verfehlte die Partei deutlich ihr selbst gestecktes Ziel, in Fraktionsstärke in beide Stadträte einzuziehen. Elf Kandidaten hatte die NPD für die zehn Magdeburger Wahlbereiche aufgestellt, für die fünf Wahlbereiche in Halle jeweils einen. Aber in den beiden neuen Stadträten wird die rechtsextreme Partei nur mit je einem Mandat vertreten sein.

In Magdeburg hat es für die NPD zudem noch einen „Betriebsunfall" gegeben, amüsiert sich Innenstaatssekretär Rüdiger Erben. Statt des Studenten Matthias Gärtner, dem Multifunktionär der NPD-Jugendorganisation JN, wurde Michael Grunzel in den Stadtrat gewählt. Grunzel gibt seinen Beruf mit Journalist an und war tatsächlich einige Zeit für ein Magdeburger Anzeigenblättchen tätig. „Ich erwarte, dass Grunzel noch vor der konstituierenden Sitzung des Magdeburger Stadtrates auf sein Mandat verzichtet und die NPD Matthias Gärtner als Nachrücker benennt", sagt Eben. Gärtner sitzt unter anderem im Bundesvorstand der JN und ist dort für ein neues Konzept der Bildung und Kaderschulung der JN unter dem Namen „Nationaler Bildungskreis" (NBK) zuständig.

Der JN-Bundeschef Michael Schäfer, der bereits im Kreistag des Landkreises Harz sitzt, errang ein Einzelmandat für den Stadtrat in Wernigerode. Bis auf eine Ausnahme verfehlte die NPD flächendeckend den eigenen Anspruch, in Fraktionsstärke in die Kommunalparlamente einzuziehen. Lediglich in der Kleinstadt Lauch im Burgenlandkreis kann sie mit 13,5 Prozent der Stimmen und zwei Mandaten eine eigene Fraktion im Gemeinderat bilden.

Rechnet man die Ergebnisse der Kommunalwahlen 2007 und 2009 zusammen, kommt die NPD landesweit auf nur 30 Mitglieder als Mandatsträger in den Kommunalparlamenten. „Es ist erfreulich, dass die NPD trotz der insgesamt geringen Wahlbeteiligung von den Wählern so klein gehalten worden ist", sagt Innenminister Holger Hövelmann. „Außer in Laucha ist die rechtsextreme Partei nirgendwo aus dem Ghetto zwischen zwei und drei Prozent heraus gekommen."

Insgesamt lässt das auch für die Landtagswahl hoffen. Denn ausgehend von einer möglichst starken Verankerung in den Kommunalparlamenten plante die NPD, 2011 in den Landtagswahlkampf zu ziehen. „Aber verglichen mit Sachsen oder mit Mecklenburg-Vorpommern hat die Partei bei uns im Land offenbar eine wesentlich schmalere Basis", sagt Hövelmann. Tatsächlich hat der parteiinterne Machtkampf, der im vergangenen Jahr fast zur Spaltung des NPD-Landesverbandes geführt hätte, nicht nur Wählerstimmen gekostet. Auch der Mitgliederbestand ging zurück. Konnte die NPD ihre Mitgliederzahl über mehrere Jahre hinweg mit rund 250 in etwa konstant halten, so gibt es jetzt einen rasanten Schwund. „Es sind schon einige Dutzend weniger als im Vorjahr", sagt Rüdiger Erben und der Leiter des Verfassungsschutzes, Volker Limburg, wird noch konkreter: „Der Mitgliederbestand der NPD in Sachsen-Anhalt dürfte bei nunmehr 210 Personen liegen." Auch die ehemalige Landeschefin Carola Holz kehrte der Partei den Rücken, bildet im Kreistag des Landkreises Anhalt-Bitterfeld mit dem NPD-Mann Andreas Köhler aber weiterhin eine Fraktionsgemeinschaft.

Eberhard Löblich

Aktionistische Szene

NPD und Neonazis locken Jugendliche mit niedrigschwelligen Angeboten – die im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern vertretene NPD zeigt eine deutliche Nähe zum historischen Nationalsozialismus.

Eines wird deutlich im Verfassungsschutzbericht von Mecklenburg-Vorpommern: NPD und neonazistische Zirkel bemühen sich um möglichst niedrigschwellige Angebote. Da werden dann mal Dartturniere, Kinderfeste, Hartz IV-Beratung, Volkstanz, Radtouren oder Zeltlager zu Lockmitteln, um Erstkontakte mit der Bevölkerung und dort speziell zu Jugendlichen herzustellen. Das spricht die einen an, andere reizt dagegen ungebrochen eine subkulturelle, meist konspirativ organisierte Musikszene, die sich mit ihrem Rechtsrock vor keinem Tabubruch fürchtet.

Im Berichtszeitraum 2008 hat die Personenzahl des rechtsextremen Spektrums im Vergleich zum Vorjahr noch einmal um 100 auf 1400 zugelegt. Auch die Zahl von Gewalttaten mit eindeutig rechtsgerichteter Motivation liegt mit 42 (33) höher, Attacken auf Polizeibeamte inbegriffen. Die NPD bewegt sich bei gleich bleibend etwa 400 Mitgliedern. Die DVU legte zuletzt von 50 auf 60 Mitglieder zu, trat aber bis auf Stammtischtermine nicht öffentlich in Erscheinung. Strukturierte Neonazis und meist regional operierende, gewaltbereite rechtsextreme Kräfte sind um 60 auf über 900 angestiegen. Namentlich ausgewiesen wird auch die wachsende Präsenz so genannter Reichsbürger, die die Grenzen und Gesetzgebung von heute in Abrede stellen und meist von einer rechtsextremen Weltanschauung geprägt sind.

Schulterschluss mit der „Denkfabrik“

Die NPD mit ihrer Verwurzelung im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern zeigt eine deutliche Nähe zum historischen Nationalsozialismus. Sie hat ihre Zahl von Bürgerbüros ausgedehnt und bringt reichlich Propagandamaterial in Umlauf. Mit einem Fraktionsbus nutzt man nunmehr auch einen mobilen Werbeträger. An qualifizierter Parlamentsarbeit ist der rechtsextremen Partei im Schweriner Schloss überhaupt nicht gelegen, mit zahlreichen kleinen Anfragen wird lediglich ein aktives politisches Handeln suggeriert. Es werden weiterhin Demonstrationen angemeldet, aber auch ein Schulterschluss mit der „Denkfabrik“ der rechten europäischen Szene, der Stiftung Kontinent Europa, gepflegt. Mit Lutz Dessau kommt schließlich auch ein Aktivist der Stiftung aus Rostock samt NPD-Anbindung. Mit dem neonazistischen Spektrum gibt es eine enge Zusammenarbeit, auch wenn es zum Beispiel in der Frage über die Autonomen Nationalisten, dem so genannten Schwarzen Block, schon mal vereinzelt zu Reibungen kommt.

Letztere haben sich in Rostock, Malchin und Güstrow geoutet. Kameradschaftscharakter haben diverse Kleingruppen, die geschichtliche wie traditionelle Termine mit Aktivitäten wie etwa Osterfeuer, Sonnenwendfeiern oder Kranzniederlegungen begleiten. Mit völkischer, deutschtümelnder Vorfeldarbeit tun sich Organisationen hervor wie das „Soziale und Nationale Bündnis Pommern“ mit Untergruppen sowie die „Initiative für Volksaufklärung“ (Usedom), ein Bindeglied, das der NPD zuarbeitet. Mit ähnlichem Charakter aktiv waren auch die inzwischen von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble verbotene „Heimattreue Deutsche Jugend“ (HdJ) und die seitens des Landesinnenministeriums nunmehr verbotene „Mecklenburgische Aktionsfront“ (Neubrandenburg/ Neustrelitz).

Mit zahlreichen kleinen Anfragen wird aktives politisches Handeln suggeriert

Weiterhin rege ausgeprägt ist die rechtsextreme Musikszene. Es gab 2008 insgesamt 19 Musikveranstaltungen, teils Konzerte, teils Partys. Eine überregionale Dimension mit rund 1000 Besuchern hatte dabei im Oktober 2008 in Mallentin ein Konzert mit dem Kopf der früheren neonazistischen Kultband „Landser“, Michael Regener. Die bekanntesten braunen Bands aus Mecklenburg-Vorpommern sind weiterhin „Liebenfels Kapelle“ („Skalinger“) und „Path Of Resistance“. Über die Landesgrenzen hinaus wickeln Versandfirmen wie V7/ TTV-Versand (Grevesmühlen), Totenkopf (Wismar) und Nationale Medien Norddeutschland (Rostock) ihre Geschäfte ab. Von überregionaler Bedeutung ist im Internet das „Störtebeker Netz“ aus Stralsund. Zunehmend wird dort auch keine Scheu mehr gezeigt, Beiträge, die puren Nationalsozialismus beinhalten, zu verbreiten.

Horst Freires

Zersplitterung

Bei der Europawahl haben sich in Frankreich der Front National und seine diversen konkurrierenden Abspaltungen gegenseitig die Stimmen weggenommen.

Der französische Front National, dem die Lösung wichtiger politischer Fragen, wie die Nachfolgeregelung für den demnächst 81-jährigen Parteichef Jean-Marie Le Pen oder die Strategie gegenüber einem dominierenden konservativen Block, bislang nicht gelungen ist, durchläuft einen regelrechten Erosionsprozess. Die rechtsextreme Partei verfügt heute über deutlich unter 10 000 Mitglieder, vor zehn Jahren waren es noch bis zu 50 000.

Auch auf Wahlebene erlebt der FN derzeit eher eine Abwärtsspirale. Er erhielt bei der Europaparlamentswahl Anfang Juni lediglich 6,34 Prozent der Stimmen und drei Sitze – gegenüber 9,81 Prozent und sieben Mandaten vor fünf Jahren. Das ist für die rechtsextreme Partei, gemessen an ihrer Geschichte, ein spürbar unterdurchschnittliches Ergebnis. Die verbliebenen drei Sitze werden von Jean-Marie Le Pen, seiner Tochter Marine Le Pen und Bruno Gollnisch eingenommen.

Von dem halben Dutzend größerer und kleinerer Abspaltungen aus dem Aktivistenpotenzial der Partei, die sich in den letzten anderthalb Jahren formiert hatten, rief eine zum Wahlboykott auf. Es handelt sich um die „Nouvelle Droite Républicaine“ (NDR, „Neue Republikanische Rechte“), die im September 2008 entstanden ist und eher den wirtschaftsliberalen und thatcheristischen Flügel des Spektrums abdeckt. Sie bleibt jedoch fest innerhalb des rechtsextremen Milieus verankert. So gehört ihr Chef, Jean-François Touzé, im Regionalparlament der rechtsextremen Fraktion der „Nationaux indépendants“ (Unabhängigen Nationalen) an, einer Abspaltung von der früheren Fraktion des Front National. Im Mai dieses Jahres sorgte die NDR publizistisch für Aufsehen, als es auf ihrer Webpage in einer Artikelserie hieß, dass aufgrund der „überhand nehmenden Anzahl moslemischer Einwanderer“ heute „die Demokratie ein Luxus (sei), den wir uns nicht mehr leisten können“. Daher wurde für die „Errichtung einer vorübergehenden Diktatur“, nach dem Vorbild Augusto Pinochets in Chile (1973 bis 1990) plädiert, die gemäß diesen Vorstellungen auch wirtschaftliche „Vernunft“ und die Freiheit des Markts bewahren helfen solle.

Andere „Dissidenten“-Gruppen des FN versuchten es bei der jüngsten Europaparlamentswahl mit eigenen Listen. Der frühere FN-Generalsekretär Carl Lang und seine Anhänger hatten, mit Unterstützung von mehreren anderen rechtsextremen Absplitterungen vom FN, in zwei (von insgesamt acht) französischen Europawahlkreisen Listen aufstellen können. Im Europawahlkreis Nord- und Westfrankreich, der von Lille bis Caen reicht, führte Carl Lang selbst die Liste an. Er erhielt dort 1,52 Prozent der abgegebenen Stimmen. Ihm gegenüber holte allerdings Marine Le Pen, die im selben Wahlkreis persönlich die FN-Liste anführte, das höchste Ergebnis für ihre Partei mit 10,18 Prozent.

Im Europa-Wahlbezirk Zentralmassiv/Zentralfrankreich erzielte die andere Liste der Anhänger Carl Langs, angeführt von Jean Verdon, ihrerseits 1,88 Prozent. Der frühere Jurist und Versicherungsdirektor war dort noch bei den letzten Europa- und Regionalparlamentswahlen 2004 Spitzenkandidat des FN. Und im Europawahlkreis Südwestfrankreich erhielt eine dritte rechtsextreme „Dissidenten“-Liste um Jean-Claude Martinez, dem Steuerrechtsprofessor, der lange Zeit den FN im Raum Montpellier anführte, 0,92 Prozent.

Im Raum Paris erreichte die vor allem von den „nationalrevolutionären“ Strömungen der extremen Rechten unterstützte Liste „Antisioniste“ 1,3 Prozent der Stimmen. Diese „Antizionistische Liste“ war von den prominenten Antisemiten Dieudonné M’bala M’bala – einem farbigen früheren Antirassisten – und Alain Soral angeführt worden. Soral gehörte von Februar 2006 bis Anfang 2009 der FN-Führungsebene an. Neben einzelnen Strömungen der extremen Rechten hatten auch pro-iranische moslemische Fundamentalisten wie Yahia Gouasmi auf dieser Liste kandidiert.

Die große Gewinnerin auf Seiten der extremen Rechten in Frankreich ist Marine Le Pen. Mit ihrem Ergebnis von 10,18 Prozent lag sie deutlich vor ihrem Vater Jean-Marie Le Pen, der mit 8,49 Prozent ein für ihn eher schwaches Resultat erhielt, und vor ihrem Hauptkonkurrenten um die künftige Spitzenposition im FN, Bruno Gollnisch, der 7,57 Prozent erreichte.

Bernhard Schmid

Ort des Grauens

Vor 65 Jahren, im Juli 1944, hat die Rote Armee das Konzentrations- und Vernichtungslager Majdanek befreit.

In der NS-Geschichtsschreibung unterscheiden Historiker zwischen Konzentrations- und Vernichtungslagern. Konzentrationslager (KZ) hatten vor allem zwei Aufgaben. Häftlinge sollten dort bestialisch „umerzogen" werden und mussten Zwangsarbeit verrichten. Vernichtungslager – der Name sagt es – waren in erster Linie Einrichtungen für die „Endlösung der Judenfrage", also Mordstätten: Auschwitz-Birkenau, Belzec, Chelmno und Sobibor. Daneben gab es Lager für beide Zwecke: Treblinka und Majdanek, ebenfalls im von den Nazis besetzten Polen. Das erste dieser Lager, aus dem die Öffentlichkeit Beweise für die „Endlösung" erhalten konnte, war Majdanek im Schatten der ostpolnischen Großstadt Lublin. Im Rahmen der sowjetischen Großoffensive im Sommer 1944 erreichte die Rote Armee Lublin und damit Majdanek bereits am 23. Juli 1944.

Die Befreier fanden etwa 1000 schwer kranke sowjetische Kriegsgefangene. Das SS-Personal war Anfang Juli Hals über Kopf geflohen. Die Zeit hatte nicht gereicht, um die Gebäude und Vernichtungsanlagen zu zerstören. So fanden die Befreier ein fast vollständig erhaltenes Lager vor, mit allen Einrichtungen, die dazu gehört hatten: Gaskammern und Krematorien, die Kommandantur und stabile Verwaltungsgebäude, Werkstätten aller Art und die zugigen Holzbaracken für die Gefangenen. Sowjetische und polnische Ärzte kümmerten sich sofort um die verwundeten Kameraden, Historiker begannen, Dokumente zu sichten und auszuwerten. Es dauerte Jahrzehnte, ehe genau gesagt werden konnte, dass Majdanek – zumindest zeitweise – beides war: Konzentrationslager sowie im Herbst 1943 während der Massenmordaktion „Erntefest" auch Vernichtungslager.

Vor diesem Massenmord mussten Häftlinge tiefe Gräben ausheben, jeder 150 bis 200 Meter lang und in Zick-Zackform. So konnte die SS nach beiden Seiten schießen und von einem Punkt aus mehr Menschen ermorden. Dann kamen die Opfer, Juden aus der Umgebung. Sie mussten sich ausziehen, nach Geschlechtern getrennt zu den Gräben gehen und sich hinsetzen. Die SS-Männer ermordeten sie anfangs mit einzelnen Schüssen ins Genick, sodass sie kopfüber in die Gruben stürzten Nach einer kurzen Mittagspause machten sie mit Maschinengewehren weiter. Das sei schneller gegangen, sagte im Düsseldorfer Majdanek-Prozess der Zeuge Johann Barth am 1. Juni 1976. Der ehemalige SS-Aufseher im Lager gehörte zu den böswilligsten Zeugen. Die Prozess-Akten im Düsseldorfer Hauptstaatsarchiv bestätigen das.

So starben am 3. November 1943 allein in Majdanek um die 17 000 Kinder, Frauen und Männer. Kleinkinder wurden nicht erschossen, um Munition zu sparen. Sie ertranken im Blut der vor ihnen ermordeten Frauen. Mütter reckten mit ausgestreckten Armen die Kleinen in die Höhe, um sie zu retten, was selbstverständlich nicht gelang. Beim „Erntefest" sollten so viele Juden wie möglich umgebracht werden, weil nach den Häftlingsaufständen im Herbst 1943 in anderen Todeslagern deren Auflösung bevor stand. Es sollte keine Überlebenden geben. Wegen des völligen Chaos zu jener Zeit konnte die Zahl der Opfer nur geschätzt werden. Anfangs gingen Augenzeugen von bis zu 1,7 Millionen aus. Nach letzten Berechnungen waren es 78 000 – mindestens.

Massenmordaktion „Erntefest"

Bereits wenige Wochen nach der Befreiung im August 1944 luden sowjetische Behörden ausländische Journalisten zu Ortsbesichtigungen ein. Nach den Besuchen erschienen in großen amerikanischen Zeitungen und Magazinen seitenlange Berichte und Reportagen. Von weiteren Staaten ist das nicht bekannt, obwohl auch Redakteure und Reporter aus anderen Ländern zu dem grausigen Ortstermin gekommen waren. Immerhin war es ja nun erstmals möglich, der Weltöffentlichkeit Beweise für die „Endlösung" vorzulegen. Bis dahin hatte es nur unbestätigte Zeugenbekundungen gegeben.

Das Ausmaß des Schreckens regte damals kaum jemand auf – möglicherweise wegen der völlig unzureichenden Berichte etwa in Großbritannien. Es musste erst der Düsseldorfer Majdanek-Prozess 1976 bis 1982 kommen, der für Schlagzeilen sorgte und beispielsweise 2001 die vorbildliche Dokumentation „Mitten in Europa – Konzentrationslager Majdanek" der Stadt Münster möglich machte.

Heiner Lichtenstein

Vertrauen erschüttert

Eine neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung befasst sich mit Demokratieverdrosssenheit in Teilen der deutschen Gesellschaft.

Vertraut man den Ergebnissen einer Umfrage, so ist das Vertrauen in die Demokratie von nicht wenigen Deutschen erschüttert: 37 Prozent beurteilen sie als „weniger gut“ oder „schlecht“, 22 Prozent halten die Gesellschaftsordnung nicht für verteidigenswert, und 47 Prozent könnten sich vorstellen, nicht zu den nächsten Bundestagswahlen zu gehen. Doch wie kommt es zu dieser Demokratie- und Politikverdrossenheit, lässt sich doch auch das Paradox von steigendem Politikinteresse einerseits und sinkender Wahlbeteiligung andererseits ausmachen? Dieser Frage geht der Politikwissenschaftler Serge Embacher auf Basis der Auswertung einer repräsentativen Umfrage nach, welche im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt wurde und nach den Ursachen für die skizzierte Entwicklung fragen will. Der Autor geht hierbei davon aus, dass die Verweise auf die Frustration der persönlich Benachteiligten als Antwort zu kurz greifen und vielmehr die grundlegenden gesellschaftlichen und politischen Veränderungen ins Zentrum der Analyse gehörten.

In seinem Buch „Demokratie! Nein danke? Demokratieverdruss in Deutschland“ präsentiert er zunächst einige Daten der Befragung, die zwischen Januar und März 2008 bei rund 2500 Bürgern durchgeführt wurde. Bei der Analyse geht Embacher davon aus, „dass das Vertrauen in die Demokratie von sozialen Voraussetzungen abhängt, die viele Menschen als derzeit nicht gegeben ansehen“. (S. 15) Anhand von vergleichenden Betrachtungen zu den Daten über die Einstellung der Demokratieverdrossenheit und der sozialen Situation der so Eingestellten zeigt sich für den Autor ein klarer Zusammenhang: „Vor allem bei Menschen aus unteren sozialen Schichten mit schwieriger materieller Situation greift eine grundlegende Skepsis gegenüber dem Aufstiegsversprechen der freiheitlichen Gesellschaft um sich.“ Weiter heißt es: „Dieser in Deutschland sehr tief verwurzelte Glaube an den Zusammenhang von persönlicher Leistung und materiellem beziehungsweise sozialem Status scheint in relevanten Teilen der Bevölkerung erschüttert zu sein.“ (S. 42)

Angesichts der hohen Wertschätzung für solidarische Werte, die mit dem Stichwort „soziale Gerechtigkeit“ verbunden sind, würden Sozialstaatsreformen in Richtung eines desintegrierenden Besitzindividualismus zunehmend negativ mit der Demokratie verbunden. Angesichts dieser Erkenntnisse plädiert der Autor für zwei Lösungsstrategien: „Demokratische Politik muss wieder viel stärker an die Vorstellung von Demokratie als soziale Demokratie herangeführt werden ...“. Und: „Der Wert der demokratischen Teilhabe muss viel stärker betont werden als bislang.“ (S. 72) Dementsprechend solle sich das Demokratieverständnis weder am klassischen liberalen noch am klassischen republikanischen Modell orientieren. Statt dessen plädiert Embacher für eine deliberative Variante der Demokratie, die auf diejenigen Bedingungen für den politischen Prozess setzt, welche vernünftige Resultate erwarten lassen. So könne „Demokratie als Herrschaftsform der kollektiven Selbstbestimmung“ (S. 129) am besten verteidigt werden.

Der Autor legt mit seinem schmalen Band eine beachtenswerte Studie zum Thema Demokratieverdrossenheit vor, welche eine vereinfachte Deutung mit einer pauschalen Schuldzuweisung an die Frustrierten und Reformopfer von sich weist. Vielmehr geht die Analyse dem Zusammenhang von gesellschaftlichen Werten, sozialer Erfahrung und politischer Deutungsverarbeitung nach. Dabei erinnert Embacher auch an die sozialstaatliche Komponente des demokratischen Selbstverständnisses: „Wenn das Freiheitsversprechen nicht mehr glaubwürdig ist, weil die Gesellschaft mitsamt ihren ökonomischen ‘Spielregeln’ als ungerecht empfunden wird, gerät auch das Vertrauen in die politische Verfasstheit des Gemeinwesens ins Wanken.“ (S. 43) Kritikwürdig ist an seiner Deutung allerdings zum einen, dass die sozial Benachteiligten lediglich als Objekte vorkommen, und zum anderen, dass sich aus dem beschriebenen Sein nicht zwingend das gewünschte Sollen ergibt. Gleichwohl verdient die Studie aufgrund des thematisierten Kontextes in hohem Maße Aufmerksamkeit.

Serge Embacher, Demokratie! Nein danke? Demokratieverdruss in Deutschland. Die neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2009 (J. H. W. Dietz-Verlag), 135 Seiten, 12,80 Euro.

Armin Pfahl-Traughber

Streit bei „pro NRW"

Gelsenkirchen – Die rechtspopulistische „Bürgerbewegung pro NRW" hat am 14. Juni bei einem Parteitag in Gelsenkirchen ihren Landesvorsitzenden Markus Beisicht im Amt bestätigt. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Garry Hauer (Gelsenkirchen), Jürgen Hintz (Bergheim) und Daniel Schöppe (Dormagen) wiedergewählt. Neu im Kreis der Stellvertreter ist Ronald Micklich (Leichlingen), der Dieter Danielzick (Troisdorf) ablöst. Generalsekretär bleibt Markus Wiener, Schatzmeisterin Judith Wolter. Schriftführer wurde Bernd M. Schöppe, Geschäftsführer Karl Schiele. Alle vier kommen aus Köln. Die ersten fünf Plätze auf der „pro NRW"-Liste für die Landtagswahl in NRW im kommenden Jahr belegen Beisicht, Wolter, Hauer, Wiener und Micklich. Angeblich „um vor Ort noch handlungsfähigere Strukturen zu erhalten", bildete „pro NRW" einen neuen Bezirksverband Mittelrhein. Als Vorsitzender wurde Micklich gewählt. Offen bleibt, was aus dem bisherigen Bezirksverband Rheinland wird. Dessen Vorsitzender Jörg Uckermann, der aus der CDU zu „pro NRW" gewechselt war, gehört weder zu den gewählten Mitgliedern des Landes- noch des Mittelrhein-Vorstands, und auch unter den ersten 15 Kandidaten der Landesliste ist er nicht zu finden. Heftige Kritik an der selbst ernannten „Bürgerbewegung" war am Abend nach dem Parteitag auf der Homepage des bisherigen „pro"-Vorstandsmitglieds Uwe Berger zu finden, der dem Kreisverband Düsseldorf-Mettmann vorsitzt. Er, Berger, habe „sämtliche Ämter abgelegt", war dort zu lesen. Er sei „zum untersten Befehlsempfänger" degradiert worden, der sich „zudem auch noch von eigenen Parteikollegen öffentlich bis tief ins Persönlichste hinein beschimpfen und beleidigen lassen musste", klagte Berger. Er habe sich standhaft geweigert, „mit ‚Schnapsleichen' über politische Optionen zu sprechen, oder mit Leuten, die sich nicht sehr weit über das Jahr 1933 hinaus entwickelt haben". Am Tag darauf erklärte Berger, die nach dem Parteitag veröffentlichten Meldungen auf seiner Homepage „stammten nicht von mir, sondern waren Teil einer besonders perfiden Hacker-Attacke". (ts)

Mit Messer bei Gericht

Neumünster – Der als äußerst gewaltbereit bekannte frühere schleswig-holsteinische NPD-Landesvorsitzende Peter Borchert ist jetzt vor dem Neumünsteraner Amtsgericht wegen Beleidigung eines LKA-Beamten zu einer Geldstrafe in Höhe von 300 Euro verurteilt worden. Der 35-jährige Neonazi betrat den Gerichtssaal dabei mit einem Klappmesser, was einem Polizeibeamten im Zuhörerraum auffiel, der Borchert aber erst nach der Verhandlung die Waffe abnahm. Borchert hatte vor dem Kieler Amtsgerichtsgebäude im August 2008 ein Messer gegen einen Angehörigen der Hells Angels-Szene eingesetzt und diesen lebensgefährlich verletzt. Dafür wurde Borchert in erster Instanz freigesprochen, weil das Opfer nicht aussagen wollte und der Neonazi sich auf Notwehr berief. Der kleine und schmächtige Borchert wurde zuletzt in Begleitung von Mitgliedern der Motorradfahrer-Rockergang Bandidos gesehen, die den Hells Angels feindlich gesinnt sind. Offenbar bannt sich im nördlichsten Bundesland seit einigen Wochen ein Machtkampf zwischen diesen beiden Gruppierungen an. (hf)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de